

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 53

Ersteinst Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Post- und Verlagsgebühren. Nur Postbezugs. Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin E. 59, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Morinip. 8673

Berlin, den 26. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeilzeile 90 Pfennig; für Verbandmitglieder 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Verammlungsanzeigen usw. 60 Pfennig. Der Ring laempreis ist vorher zu entrichten

36. Jahrgang

## Das Ergebnis der Urabstimmung

konnte bis zum Abschluß der vorliegenden Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ nicht festgestellt werden. Es kann also erst in Nr. 1 des neuen Jahrgangs, die am 2. Januar erscheint, bekannt gemacht werden. Den Kassierern der Zahlstellen wird das Ergebnis noch vorher durch Mundschreiben mitgeteilt.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Einföhrung der Abrechnungen.** Trotz unserer wiederholt erfolgten dringenden Aufforderung um rechtzeitige Fertigstellung und Einföhrung der Abrechnung haben die Verwaltungen der Zahlstellen in **Almenau, Kirchheimbolanden, Pir-masens, Straubing und Weiffenfels** die Abrechnung für das längst abgeschlossene dritte Quartal noch nicht eingeleistet. Wir richten an die Bevollmächtigten dieser Zahlstellen das dringende Ersuchen, dafür Sorge zu tun, daß die Abrechnung nun schnellstens eingeleistet wird.

2. **Pünktliche Beitragsleistung.** Um den mit der Föhrung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären die Arbeit unbeschwert zu erleichtern, richten wir hiermit an alle Mitglieder die dringende Mahnung, die Beiträge regelmäßig und pünktlich an die zuständigen Stellen abzuführen. Mit dem 1. Januar 1921 werden wahrscheinlich neue Quittungsmarken zur Ausgabe kommen, so daß von da ab auch für etwa noch vorhandene Restwachen nur noch diese neuen Marken mit den erhöhten Beitragssätzen zu verwenden sind.

Die Orts- und Gauverwaltungen sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die Unterkassierer, Versammlungsvertrauensleute usw. die einbehaltenen Beitragsgelder in den kürzesten Zwischenräumen, die keineswegs länger als 14 Tage sein dürfen, an die Zahlstellen- und Gaukassierer abliefern.

3. **Einföhrung der Verbandsgelder.** In den Zahlstellen werden vielfach ganz außerordentlich hohe Geldebeträge zurückgehalten. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jeden Monats an die Verbandskasse einzuföhren.

4. **Erneuerung von Mitgliedsbüchern.** Alle mit Ende des Jahres 1920 vollgelebten Mitgliedsbücher werden durch den Verbandsvorstand erneuert. Die Inhaber solcher Bücher bitten wir, tunlichst schon vor Jahreseschluß ihre Beitragspflicht bis Ende 1920 (bis einschließlich 53. Woche) zu erfüllen und die Bücher an die Gau- bzw. Zahlstellenverwaltung einzuliefern. Vor Einföhrung der Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelfseite vollständig vorhanden sind. Insbesondere ist darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei auch der Aufnahme vollständig ausgeschrieben sein muß.

Ferner ist zu beachten, daß beitragsfreie Wochen als solche kenntlich gemacht und alle übrigen Wochenfelder mit Marken besetzt sind. Eingelangte Bücher, die dem nicht entsprechen, müssen von uns zurückgegeben werden.

Die alten Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mit den neuen Mitgliedsbüchern zurückgegeben.

5. **Mitgliedsarten,** die bereits mit 52 Beitragsmarken besetzt sind, bitten wir nur dann zum Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch einzuföhren, wenn

die Beiträge bis Ende des Jahres 1920, einschließlich der 53. Woche, entrichtet sind.

Ausgenommen hiervon sind solche Mitgliedsarten, deren Inhaber durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit zum Bezuge von Unterstützung genötigt sind.

6. **Erhöhung der Lokalbeiträge in Magdeburg.** In der Zahlstelle Magdeburg ist eine Erhöhung der Lokalbeiträge beschloffen und unsererseits genehmigt worden. Die Lokalbeiträge betragen vom 1. Januar ab für Beitragsklasse 1 = 10 Pf., Beitragsklasse 2 und 3 = 40 Pf., Beitragsklasse 4 und 5 = 75 Pf. pro Woche.

7. **Die Adresse des Kollegen Richard Basse,** B.-Nr. 186 101, geboren am 26. Juni 1868 in Berlin, bitten wir uns möglichst bald mitteilen zu wollen. Basse war Vertrauensmann in Bruchsal und ist von dort abgereist, ohne die von ihm einbehaltenen Verbandsgelder an den Gauvorstand abzuliefern.

8. **Wahl eines Zahlstellenbeamten für Dresden.** Die Wahl des Angestellten für Dresden ist am 8. Dezember vollzogen und hat das Resultat ergeben, daß mit erheblicher Mehrheit der Kollege

Moriz Scheibe in Berlin gewählt ist.

Der Kollege Scheibe wird sein Amt sobald wie möglich antreten.

Den übrigen Bewerbern um die ausgeschriebene Stellung danken wir für ihre Bewerbung und ersuchen sie, dieselbe durch diese Mitteilung als erledigt zu betrachten.

9. **Anstellung eines Zahlstellenbeamten für Stuttgart.** Durch die Wahl des Kollegen Hemminger zum Gauleiter für Gau 14/15 ist die Anstellung eines neuen Beamten für die Zahlstelle Stuttgart notwendig geworden. Bewerbungen um diese Stellung sind spätestens bis zum 5. Januar an uns (Berlin E. 59, Urbanstr. 63) zu richten.

Wegen alles Näheren verweisen wir auf unsere Bekanntmachung in der vorigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“.

10. **Die neuen Nachträge zu den Reichstarifen** für das Buchbinder- und Papierverarbeiter- und Startonagenindustrie sind im Druck erschienen und zum Preise von 20 Pf. das Stück von uns zu beziehen. Bestellungen erbitten wir umgehend.

11. Für die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ muß der Bezugspreis vom 1. Januar 1921 ab auf 1,20 Mk. je Vierteljahr erhöht werden. Wir haben unseren Mitgliedern dieses Blatt bisher noch für 80 Pf. geliefert, obgleich wir infolge eingetretener Preiserhöhungen schon seit dem 1. Juli d. J. bei jedem einzelnen Bezugsnehmer im Vierteljahr 40 Pf. zulegen mußten ohne die durch den Versand noch entstehenden Unkosten. Eine neue erhebliche Erhöhung der Druck- und Papierpreise nötigt uns jetzt aber zu der angegebenen Erhöhung des Bezugspreises.

Wir ersuchen daher die Kassierer der Gauen und Zahlstellen, sowie alle diejenigen Mitglieder, welche das Blatt durch diese beziehen, zu beachten, daß vom 1. Januar 1921 ab für alle bei uns bestellten Exemplare je 1,20 Mk. vierteljährlich zu zahlen sind.

Die „Frauenzeitung“ erscheint alle 14 Tage und wird durch Vermittlung der Organisation geliefert. Die Zustellung erfolgt immer mit der „Buchbinder-Zeitung“. Für den Eingang des Bezugspreises sind die Gau- und Ortsverwaltungen haftbar.

Der Verbandsvorstand.

## Ein neues Lohnabkommen in der Wellpappenbranche.

Gelegentlich der letzten Eisenacher Verhandlungen mit den Fabrikanten der Wellpappenindustrie war eine Verständigung über ein neues Lohnabkommen nicht zu ermöglichen gewesen. Unsere Mitglieder sahen sich daher veranlaßt, in den einzelnen Orten lokal mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse ihr Recht zu suchen. Bevor es aber zum Füllen der Schlichtungssprüche gekommen war, hatte sich der Arbeitgeberverband bereit erklärt, in neue zentrale Verhandlungen mit den beteiligten Arbeitnehmerverbänden einzutreten.

Diese Verhandlungen haben nun am 6. Dezember in Berlin stattgefunden. Die Verhandlungen gestalteten sich überaus schwierig aus Gründen, auf die wir hier nicht näher eingehen vermögen. Schließlich machten die Arbeitgebervertreter nachstehenden Vorschlag: Es sollen gewährt werden mit Wirkung ab 1. November für männliche Arbeitnehmer

im Alter von 14 bis 16 Jahren	15 Pf. pro Stunde
„ „ „ 16 „ 18 „	20 „ „ „
„ „ „ 18 „ 20 „	25 „ „ „
„ „ „ 20 „ 25 „	30 „ „ „
„ „ „ über 20 „	40 „ „ „

für weibliche Arbeitnehmer	
im Alter von 14 bis 16 Jahren	15 Pf. pro Stunde
„ „ „ 16 „ 18 „	20 „ „ „
„ „ „ 18 „ 20 „	25 „ „ „
„ „ „ über 20 „	30 „ „ „

Diesem letzten Vorschlag der Arbeitgeber gaben wir ohne eine Befragung unserer Mitgliedschaften in Rücksicht auf die geringen Zugeständnisse unsere Zustimmung nicht geben zu können. Wir erklären deshalb den Arbeitgebern, daß wir die Anerkennung von der Zustimmung unserer Mitglieder abhängig machen müssen.

Nachdem nun unsere Mitglieder in ihrer Mehrheit sich für Annahme des letzten Arbeitgeber-vorschlags ausgesprochen haben, können wir uns den Arbeitgebern gegenüber zur Unterschrift des neuen Abkommens bereit erklären.

Die Reichstariflöhne stellen sich demnach wie folgt:

	Ortsklasse			
	I	II	III	IV
1. Arbeiter	227.	227.	227.	227.
a) im Alter v. 14 bis 16 Jahren	1,75	1,55	1,45	1,25
b) „ „ 16 „ 18 „	2,00	2,40	2,50	2,20
c) „ „ 18 „ 20 „	3,50	3,30	3,20	3,00
d) „ „ 20 „ 24 „	4,90	4,70	4,60	4,40
e) „ „ über 24 „	5,10	4,90	4,80	4,60

	2. Arbeiterinnen			
a) im Alter v. 14 bis 16 Jahren	1,45	1,30	1,20	1,15
b) „ „ 16 „ 18 „	2,00	1,85	1,75	1,60
c) „ „ 18 „ 20 „	2,50	2,35	2,25	2,05
d) „ „ über 20 „	2,90	2,80	2,70	2,50

Nachstehende alle Bestimmungen bleiben in Kraft: Selbständige Zuschneider, welche völlig selbständige die Berechnung des Zuschmitts vorzunehmen haben, erhalten in allen Ortslohnklassen einen Stundenzuschlag von 30 Pf.

An alle in der Wellpappenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden als Zuschlag auf die Tariflöhne gewährt:

nach einjähriger Tätigkeit 10 Pf. pro Stunde mehr  
 „ zweijähriger Tätigkeit 20 „ „ „ „  
 „ dreijähriger Tätigkeit 30 „ „ „ „  
 weitere 10 Pf., im ganzen 30 „ „ „ „

Das Lohnabkommen hat Gültigkeit bis zum 31. März 1921.

Cartamtsentscheidung.

Die Zahlstelle Leipzig beantragte, das Cartamts...
Die Zahlstelle Leipzig beantragte, das Cartamts...
Die Zahlstelle Leipzig beantragte, das Cartamts...

Das Cartamts beschließt, daß die nach Pos. 160...
Das Cartamts beschließt, daß die nach Pos. 160...
Das Cartamts beschließt, daß die nach Pos. 160...

Leipzig, 8. Dezember 1920.
gez.: Karl Heide. gez.: Artur Baumel.

Das Existenzminimum im November 1920.

Die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der ar...
Die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der ar...
Die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der ar...

Die Steigerung ist in erster Linie durch die...
Die Steigerung ist in erster Linie durch die...
Die Steigerung ist in erster Linie durch die...

Daß die Steigerung noch in keinem Jahre so...
Daß die Steigerung noch in keinem Jahre so...
Daß die Steigerung noch in keinem Jahre so...

Table with 6 columns: Year (1914, 1915, 1918, 1919, 1920) and corresponding values (27,86, 38,86, 52,84, 55,49, 62,49, 108,88, 357,05).

Während also in den ersten Jahren seit 1914...
Während also in den ersten Jahren seit 1914...
Während also in den ersten Jahren seit 1914...

Man muß nun damit rechnen, daß die Ver...
Man muß nun damit rechnen, daß die Ver...
Man muß nun damit rechnen, daß die Ver...

Es soll zugegeben werden, daß Calwer bei seinen...
Es soll zugegeben werden, daß Calwer bei seinen...
Es soll zugegeben werden, daß Calwer bei seinen...

rend andererseits Dr. Kuczynski u. a. den Ernäh...
rend andererseits Dr. Kuczynski u. a. den Ernäh...
rend andererseits Dr. Kuczynski u. a. den Ernäh...

Zu einem wesentlich anderen Ergebnis kommt...
Zu einem wesentlich anderen Ergebnis kommt...
Zu einem wesentlich anderen Ergebnis kommt...

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wö...
Rechnet man für den Mindestbedarf an Wö...
Rechnet man für den Mindestbedarf an Wö...

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und...
Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und...
Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und...

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Aus...
Für alle sonstigen lebensnotwendigen Aus...
Für alle sonstigen lebensnotwendigen Aus...

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich...
Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich...
Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich...

Table with 4 columns: Category (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges) and 3 rows of values (Mann, Ehepaar, Ehepaar mit 2 Kindern).

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt...
Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt...
Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt...

Die Luxuspapierindustrie Deutschlands.

Sowohl für die Luxuspapier-, wie für die...
Sowohl für die Luxuspapier-, wie für die...
Sowohl für die Luxuspapier-, wie für die...

Insgesamt sind nach den vorliegenden Berichts...
Insgesamt sind nach den vorliegenden Berichts...
Insgesamt sind nach den vorliegenden Berichts...

liche und 89 weibliche im Fabrikarbeiterverband...
liche und 89 weibliche im Fabrikarbeiterverband...
liche und 89 weibliche im Fabrikarbeiterverband...

Wie die Berufsverhältnisse in den einzelnen...
Wie die Berufsverhältnisse in den einzelnen...
Wie die Berufsverhältnisse in den einzelnen...

Table with 5 columns: Ort (Breslau, Wobberg, Hamburg, etc.), Zahl der Betriebe, Zahl der Arbeiter, etc., and Die Entlohnung erfolgt nach Tarif.

Von dem vorstehend aufgeführten Personal ar...
Von dem vorstehend aufgeführten Personal ar...
Von dem vorstehend aufgeführten Personal ar...

Die tarifliche Regelung ist, wie die obige...
Die tarifliche Regelung ist, wie die obige...
Die tarifliche Regelung ist, wie die obige...

Der Internationale Gewerkschaftskongreß.

Die Resolution über den Pazifismus...
Die Resolution über den Pazifismus...
Die Resolution über den Pazifismus...

Der Internationale Gewerkschaftskongreß stellt fest...
Der Internationale Gewerkschaftskongreß stellt fest...
Der Internationale Gewerkschaftskongreß stellt fest...

Die Arbeiter verlangen den endgültigen und voll...
Die Arbeiter verlangen den endgültigen und voll...
Die Arbeiter verlangen den endgültigen und voll...

Hierzu ergäntz Werten, Belgien mündlich...
Hierzu ergäntz Werten, Belgien mündlich...
Hierzu ergäntz Werten, Belgien mündlich...



stelle für die Rohstoffverteilung geeignet, während die Vertreter Italiens und Norwegens jedes Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt als einer Institution des Völkerverbundes ablehnen.

In der Diskussion wendet sich Malatesti Italien gegen den zweiten Teil der Resolution, da es ein Widerspruch sei, die kapitalistische Gesellschaft einmal als unfähig für eine gerechte Rohstoffverteilung zu erklären, dann aber die Lösung dieser Aufgabe dem Organ dieser selben kapitalistischen Gesellschaft anzuvertrauen. Malatesti schlägt die Schaffung einer neuen internationalen Zentralstelle, unabhängig vom Arbeitsamt, vor, die auch mit der Rohstoffverteilung betraut werde. Er und seine Freunde misstrauen dem Arbeitsamt, dem Willen und die Macht zur Durchführung der ihm übertragenen neuen Aufgabe zu besitzen.

Duerr-Schweiz erklärt, man könne dem ersten Teil der Entschließung zustimmen. Das Internationale Arbeitsamt sei aber aufständisch, diejenigen Regierungen, die sich remittent verhalten, durch irgendwelche Zwangsmittel zur einheitlichen Regelung zu veranlassen. Auch die Nationalisierung der Lebensmittel im Kriegslande habe bewiesen, daß die kapitalistische Organisation verlage. Im Namen der Schweizer und der Arbeiter der deutschen Delegation sei er beauftragt, zu erklären, daß sie den letzten Absatz der Resolution in der vorliegenden Form ablehnen. Er schlägt vor, die Resolution an die Kommission zurückzuverweisen.

Mertens erwidert in seinem Schlußwort, die Ablehnung des letzten Teils der Resolution sei eine Schwäche. Es werde nicht verlangt, daß das Arbeitsamt ohne weiteres die Verteilung der Rohstoffe übernehme, sondern der Internationale Gewerkschaftsbund soll selbst einen Plan ausarbeiten, nach dem die Verteilung vorgenommen werden soll. Wenn nach dem Vorschlag Malatestis verfahren und ein neues Zentralorgan geschaffen werde, müßte auch dieses wiederum zunächst mit den Regierungen zusammenarbeiten.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag Duerr und Genossen auf Zurückverweisung an die Kommission mit schwacher Mehrheit abgelehnt. Der erste Teil der Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen. Zum letzten Teil beantragt Deutschland einen Zusatz, besagend, daß dem Arbeitsamt die Macht erst durch den starken Willen der festgesetzten Arbeiterorganisationen verliehen werden müsse. Der letzte Absatz der Resolution wurde alsdann auch mit großer Mehrheit angenommen. Die so angenommene Resolution über die Rohstoffverföhrung lautet:

Der Internationale Gewerkschaftskongreß beschließt:

In Erwägung, daß der Weltkrieg in allen Ländern eine derartige Zerrüttung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ernstlich in Frage steht; daß der letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Lösung das Problem der Rohstoffverföhrung erhält;

in Erwägung, daß die Länder, die der Rohstoffe beraubt sind, mit Rücksicht auf ihre Industrie von jenen Ländern abhängen (sei es, daß sie diese hervorbringen oder dank ihrer günstigen Lage sich verschaffen können); daß daher die Regelung der Verteilung aller Rohstoffe der Welt nach Recht und Billigkeit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiederverhebung ist;

daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Rohstoffe im Wege steht wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Menschen ohne Ausnahme gestatten würde, die ihnen in der Weltgemeinschaft zugewiesene Rolle zu erfüllen; daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist, ohne Unterlaß darauf hinzuwirken, daß die heutige unorganisierte Gesellschaft verschmolze und ersetzt würde durch eine nationale Organisation der Produktion und der gegenseitigen Beziehungen der Völkcr;

daß es schon jetzt eine hohe Pflicht ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Rohstoffe in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine internationale Verständigung, herbeigeföhrt durch die Bemühungen der Gewerkschaftsinternationale, erreicht werden kann;

in ebendieser Erwägung, daß das Internationale Arbeitsamt des Völkerverbundes augenblicklich der meist geeignete internationale Organismus ist, diese internationale Verständigung zu ermöglichen,

beauftragt der Kongreß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt ins Einvernehmen zu setzen, um von ihm die Errichtung einer internationalen permanenten Kommission, in der die organisierte Arbeiterklasse ihre Vertretung hat, zu erwirken, die beauftragt wird, die gerechte Verteilung der Rohstoffe zwischen den verschiedenen Ländern unter Berücksichtigung ihrer

gegenwärtigen und künftigen industriellen Bedingungen zu sichern.

Am fünften Verhandlungstage berief die Kommission über die Valutafraage. Die Kommission habe sich von zwei Gesichtspunkten leiten lassen, einmal die Regelung der prinzipiellen Verteilung und dann die Feststellung der jetzt möglichen Maßnahmen.

So sehr auch die vorgezogene Lösung nicht vollumfänglich befriedige, so müsse er doch, daß die hungernden Völkcr nicht bis zur Erfüllung der prinzipiellen Lösung warten können. Wohl hänge die Valutafraage aus, es ginge mit all den übrigen behandelten Fragen zusammen, doch gäbe es ein Heilmittel, das allerdings von den Regierungen bisher nicht ergriffen worden ist. Diese Lösung wolle den verschiedenen Nationen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit Rechnung tragen und die Solidarität der Interessen schaffen. Die Regierungen haben jedoch diese Maßnahme deshalb bisher nicht ergriffen, weil sie sich damit selbst desavouiert hätten. Das ist die internationale Anleihe, die eine engere Verknüpfung der Interessen der verschiedenen Nationen und damit eine Umstellung der Weltwirtschaft zur Folge haben müßte. Zur Durchführung dieser Maßnahme schlage man deshalb den Völkerverbund vor, weil die Gewerkschaftsinternationale sich nicht als ein finanztechnisches Zentralinstitut konstituieren könne.

Uozzi-Italien wünscht, daß nicht nur die Kriegsschulden, sondern auch alle die Forderungen getilgt werden, die die Sieger den Besiegten gegenüber haben. Doch machen sie gegenüber der in der Valutafraage vorgelegten Resolution deshalb Vorbehalte, weil es unmöglich sei, die Spekulation abzuwehren, die den Lebensnotwendigen der kapitalistischen Gesellschaft bilde. Auch eine Angleichung der Valuta in den verschiedenen Ländern könne eine Verteuerung der Rohstoffe zur Folge haben, wie das Beispiel Englands beweise, wo die Inlands- von den Auslandspreisen vollkommen abweiche. Wenn man sie frage, was sie an Stelle des Völkerverbundes seien wollen, so erklären sie, daß die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf ihre Regierungen einen Druck ausüben müßten zwecks Überwindung einer allgemeinen Wirtschaftskrisis, in der die Arbeiterklasse gemäß ihrer Bedeutung und Zahl vertreten sein müßte.

Geraud erwidert Uozzi, daß die Italiener auf alles diese selbe Antwort gäben. Unmöglich, irgend etwas zu tun! Die Tatsachen zeigen aber, daß die Bourgeoisie noch sowohl über genügend Geld, wie auch Produktionsmittel verfüge, um diese zum Schaden der Arbeiterklasse anzuwenden.

Gegen die Zurückhaltung der Ware durch die Börse müßte eingeschritten werden durch Sperrung des Kredits für alle Transaktionen, die nicht direkten Kauf oder Verkauf darstellen. Der Vorschlag der Italiener zur Einberufung einer Wirtschaftskonferenz sei nur utopischer als der der Kommission, werde er jedoch durchgeführt, dann müsse man ja wiederum die kapitalistischen Regierungen zur Teilnahme auffordern. In der darauffolgenden Abstimmung wird die nachstehende Resolution gegen die Stimmen von Canada, Italien und Norwegen angenommen.

Nur gegen den die Annullierung der Kriegsschulden betreffenden Absatz stimmten Belgien und Kanada, während die englische Delegation sich hierbei der Abstimmung enthielt.

In Erwägung, daß die Wirkungen der Valutakrisis nicht nur verheerend sind für die vom Kriege betroffenen Länder, sondern auch die am meisten begünstigten Länder hart bedrohen durch die Paralyse der internationalen Austauschverkehrs und in deren Gefolge entstehende industrielle Krisen, unter denen die Arbeiter leiden, lehnt der Kongreß darauf hin, daß ein solcher Zustand nicht andauern kann, ohne den Umlauf der Rohstoffe und Fertigfabrikate, die Nahrungsverföhrung der Länder, den Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten zum Stillstand zu bringen, und daß dieser Zustand des Bankrotts, in dem sich tatsächlich viele Länder befinden, begleitet ist von ungewöhnlicher Prosperität der Finanzinstitute, welche die entsetzlichen Folgen des kapitalistischen Systems aufzeigt, das die Börsenspekulationen, die unermessliche Zerschüttung der Valuta, die unbegründeten hohen Preise der Lebens- und Gebrauchsmittel begünstigt und so für die wachsende Hungersnot der Völkcr verantwortlich ist.

Demgemäß erklärt der Kongreß, daß die Lösung der internationalen Finanzprobleme mit der internationalen Solidarität und der solidarischen Erziehung der Völkcr untrennbar verbunden ist, empfiehlt er die allgemeine Annullierung der internationalen Schulden, die aus dem Kriege resultieren, als eine der radikalsten Mittel, die anzuwenden sind, um sofort den Wirkungen der Valutakrisis entgegenzuwirken.

Nationale, und überall, wo dies möglich ist, internationale Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die maßlosen Emissionen zu verhindern und einen angemessenen Goldumlauf einzuführen; die hierzu erforderlichen Mittel wären durch Unterdrückung unnötiger Ausgaben, besonders für militärische Zwecke, zu beschaffen, wie auch durch beträchtliche Vermögenssteuern.

Der Kongreß legt jedoch das Hauptgewicht auf internationale Maßnahmen, ohne die Versuche der einzelnen Länder vergeblich bleiben müßten, und ohne welche auch die größte Zahl der Nationen selbst nicht zu wirken vermögen. Diese internationalen Maßnahmen müssen weitergehen als die Freieröffnung von Handelsverträgen. Sie können nur durchgeführt werden, indem dem Völkerverbund oder einer diesem unterstehenden Organisation die Aufgabe einer internationalen Anleihe, sichergestellt durch die wirtschaftlichen Reichtümer und Hülfsmittel aller Völkcr ohne Ausnahme, übertragen wird. Ihr Ertrag würde unter der Kontrolle des Völkerverbundes den verschiedenen Ländern zugeteilt werden, entsprechend ihrer Bedürfnisse, um zur Hebung ihrer Finanzlage und zum Zwecke ihres Wiederaufbaues und der Beförderung ihrer Produktion, unter Aussichts jeder anderen Aufgabe, verwendet zu werden. Der Kongreß betont besonders, daß diese Maßnahmen teils militärischen Zwecken dienen müssen, damit alle Anstrengungen der Völkcr auf den allgemeinen Frieden hingelenkt seien.

Der Kongreß erklärt, daß diese Maßnahmen, deren Durchführung sich auf eine gewisse Zeit vertellen wird, nicht unabhängig von den übrigen Forderungen der Arbeiterinternationale betreffs der Produktion, die Verteilung der Rohstoffe und die Kontrolle des Transportwesens, erfolgen dürfen. Sie müssen ebenso wie diese letzteren zu einer Solidarisierung aller Völkcr für den Wiederaufbau der Welt durch die Arbeit führen.

Obdegeest gab sodann den Bericht der Kommission für die Frage der Sozialisierung unter Berücksichtigung auf den vorliegenden ausführlichen schriftlichen Bericht. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen werde der Sozialismus von den Arbeitern gefordert. Die Kapitalisten haben sich als unfähig erwiesen, die Produktion zu erhöhen. Nur soweit damit eine Erhöhung des Profits verbunden, nehmen sie Produktionssteigerungen vor. Er erhärtet dies mit einer Reihe von Beispielen. Unter anderem befinden sich z. B. 90 Proz. der Kautschukproduktion in Händen der holländischen Regierung. Diese habe trotz des Mangels beschlossen, die Produktion um 25 Proz. einzuschränken. Benalcaucopa sterbe vor Hunger, es mangle an Fett und den notwendigen Nahrungsmitteln. Trotzdem habe man, als in England außergewöhnliche Mengen Herings gefangen wurden, eine große Menge wieder ins Meer geworfen und Deutschland habe 14 Tage lang nicht gegessen, alles nur, um die Preise hochzuhalten. Darum müsse die Sozialisierung verlangt und die Produktion eingestellt werden auf den notwendigen Bedarf unter einseitiger Zurückstellung der Luxusindustrie.

Angeichts der ganzen Weltkrisis sei festzustellen: Wenn nicht innerhalb relativ kurzer Zeit die Sozialisierung in Angriff genommen werde, wird der Kapitalismus wieder liegen und für die nächste Generation Trümmer bleiben. Auf der gesamten Arbeiterklasse lasse die große Verantwortung, mit ganzer Kraft den einmütigen Willen für diese Umstellung der Wirtschaft zu betätigen.

### Erdröpfung des Achtstundentages durch das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge.

Der frühere christliche Gewerkschaftsföhrer und jetzige Minister des bayerischen Ministeriums für soziale Fürsorge, Herr Oswald, hat sich als Mann erwiesen, der da glaubt, auf Schilde Schwegler dem Achtstundentag den Garaus machen zu können, wie folgende Verordnung zeigt:

„Die rein buchhalterische Auffassung des Wortes „Verföhrung“ in Ziffer 2 der Verordnung vom 28. November 1918 betr. die Regelung der Arbeitszeit der gewerkschaftlichen Arbeiter (Reichs-Gesetzblatt 1334) würde zu drastischem Widerspruch führen.

Die Verteilung der an den Vorabenden der Sonntag- und Festtage ausfallenden Arbeitsstunden auf die übrigen Werkstage wäre zulässig, wenn auch nur während des Bruchteils einer Stunde am Samstag gearbeitet würde, sonst aber nicht. Daraus folgt, daß das Wort „Verföhrung“ nicht buchhalterisch anzufassen ist, sondern daß in Satz 2 der Ziffer 2 der angeführten Verordnung der Verteilung der Samstagarbeit überhaupt auf die anderen Tage Spielraum geschaltet werden sollte.

Hiernach sind die Gewerksräte anzuweisen in Fällen, in denen unter Freilassung des Samstags die 48 Wochenarbeitsstunden auf die ersten fünf Wochentage verteilt sind, bis auf weiteres von einer Beschränkung dieser Regelung abzusehen. 303. Oswald.“

Gegen diese Verordnung des bayerischen Ministeriums hat die Gesamtarbeiterschaft Nürnberg-Kürth energisch Protest beim Reichsarbeitsministerium eingelegt, dem sich die übrige bayerische Arbeiterklasse anschließt. Seit wann hat denn das bayerische Ministerium das Recht, reichsgesetzliche Bestimmungen einfach über den Haufen zu werfen? Stellen wir obiger Verordnung die reichsgesetzliche Bestimmung vom 28. November 1918 gegenüber, welche lautet:

„Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen darf die Dauer von acht Stunden nicht übersteigen.“

Abrechnung der Verbandskasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenses) for the year 1920.

Einnahmen.

Table listing income items such as 'Eingelandt von den Zahlstell. u. Banken', 'Schriftmaterial', 'Protokoll vom Wähler-Verein', etc.

Ausgaben.

Table listing expense items such as 'Gehälter und Zulagen der Beamten', 'Einnahmegericht an Verbandsvorstand', 'Anzugskosten des stell. Star', etc.

Sitzung.

Table showing 'Kassenbestand am 30. Juni 1920' and 'Einnahmen' for the meeting period.

Kassenbestand.

Table showing 'Kassenbestand am 30. Sept. 1920' and 'Davon Reserven für die Invalidenunterstützung'.

Fr. Lender, Verbandskassierer.

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung sowie der Bücher und Kasse bestätigen:

Berlin, den 18. Oktober 1920.

G. Haußen, 1. Vorsitzender.

Die Revisoren:

Paul Jahn. W. Braunsdorf. W. Böttcher.

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Large multi-column table showing financial details for various locations (e.g., Berlin, Brandenburg, Pommern, etc.) including membership counts and financial figures.



vom 3. Quartal 1920.  
der Zahlstellen.

Zustimmende Nummer	Name des Ortes bzw. Gaus	Mitgliederzahl am		Summa der Einnahmen		Summa der Ausgaben einschließlich Eingangs		Eingeliefert an die Verbandskasse		An Erreichten für nächste Quartal		Guthaben für nächste Quartal	
		Quartalsabschluss		Mk.		Mk.		Mk.		Mk.		Mk.	
		männl.	weibl.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
89	Essen	165	134	5901	30	5520	43	5000	—	4916	90	—	—
90	Welfenrieden	10	—	305	—	15	25	—	318	60	—	—	—
91	Bammersbach-Rinderloh	65	70	2789	15	2758	—	2600	—	185	73	—	—
92	Oegen	36	7	1061	20	1269	85	1000	75	795	10	—	—
93	Hierlohn	7	106	1239	10	1472	69	1400	—	801	66	—	—
94	Koblenz	84	110	2481	85	2008	54	1854	—	2325	72	—	—
95	Klein a. Rh.	241	402	1052	40	890	62	1619	—	5479	67	—	—
96	Krefeld	126	101	4970	45	3496	87	3000	—	1948	44	—	—
97	Ludwigshafen	17	—	—	—	344	50	344	50	—	—	—	—
98	Milheim a. d. Ruhr	19	6	608	20	467	39	400	—	679	23	—	—
99	R. Gladbach	56	42	1805	70	2093	27	2000	—	674	58	—	—
100	Rünster	13	7	306	80	474	20	437	40	350	—	—	—
101	Reheim a. d. Ruhr	29	11	1016	60	1652	50	1600	—	582	35	—	—
102	Reunwed	50	70	1774	90	1173	79	1078	29	1784	61	—	—
103	Ohligas	13	37	718	10	1346	80	1300	—	173	24	—	—
104	Remscheid	19	29	1054	30	1086	18	1000	—	291	59	—	—
105	Sollingen-Wald	30	41	1111	40	527	75	—	—	8500	73	—	—
106	Sierfen	39	85	1873	90	1905	15	1652	15	9	90	—	—
107	Wesel	19	3	588	10	565	—	500	—	71	69	—	—
108	Wiesdorf	37	76	2290	—	3272	70	3000	—	277	59	—	—
109	Gau 11/13 Einzelml.	60	77	2705	20	2394	70	2000	—	2348	77	—	—
110	Darmstadt	69	271	6170	0	5113	65	4400	—	1847	71	—	—
111	Eberstadt	26	170	3224	20	3959	14	3300	70	2506	76	—	—
112	Frankfurt a. M. - Offenbach	448	1120	26933	85	17144	86	4525	—	17064	70	—	—
113	Fulda	16	11	551	40	548	46	471	39	3	39	—	—
114	Gieken-Wehlar	30	—	843	—	1041	—	821	90	623	70	—	—
115	Glinntadt	46	32	1711	35	2217	80	1400	—	995	15	—	—
116	Hannau	129	199	6035	70	3399	60	3000	—	9255	67	—	—
117	Heidelberg	53	20	1846	50	1705	15	1456	45	1597	80	—	—
118	Kaiserlautern	18	58	1245	60	315	81	—	—	897	28	—	—
119	Kandel	41	12	1446	50	1372	—	1208	20	—	—	—	—
120	Kirchheimbolanden*	45	10	—	—	—	—	—	—	1430	60	—	—
121	Ludwigshafen**	—	—	—	—	923	98	923	98	—	—	—	—
122	Mainz	63	122	3480	70	4661	55	4000	—	55	62	—	—
123	Ramstein-Ludwigshafen	146	214	6335	80	3965	63	3400	—	7309	21	—	—
124	Wartburg*	12	11	—	—	241	70	241	70	—	—	—	—
125	Reulshausen	23	1	749	30	754	89	680	08	282	49	—	—
126	Worms	50	85	—	—	1567	95	1127	20	1000	—	—	—
127	Saarbrücken	43	18	866	—	926	15	868	40	808	25	—	—
128	Saarlouis	19	10	939	40	1125	09	577	98	427	01	—	—
129	Trier	24	23	909	60	1573	33	1400	—	87	28	—	—
130	Wiesbaden	55	55	12069	50	13232	84	7919	59	6700	42	—	—
131	Gau 12 Einzelmitgl.	331	678	901	70	901	70	779	85	—	—	—	—
132	Wienburg S. A.	21	23	901	70	901	70	779	85	—	—	—	—
133	Winnaburg-Buchholz	1212	765	24224	50	23998	60	10000	—	4693	29	—	—
134	Wue i. Erzgeb.	35	112	2329	20	2329	20	2000	—	319	30	—	—
135	Burgstädt	56	51	1693	80	1654	70	1000	—	803	70	—	—
136	Chebnitz	301	835	17594	35	19428	15	12000	—	—	—	3402	01
137	Crummshagen	18	155	2620	20	1802	44	1500	—	1156	55	—	—
138	Deuben	943	4708	78113	50	78113	50	40000	—	28777	57	—	—
139	Ebersbach-Neugersdorf	28	36	904	70	1023	55	600	—	607	65	—	—
140	Freiberg i. Sa.***	12	14	1229	50	113	46	—	—	616	04	—	—
141	Glauchau	34	44	1426	60	2458	64	1950	22	919	89	—	—
142	Göhrlich S. A.	32	29	1399	60	1399	60	1245	—	—	—	—	—
143	Grimma	47	271	4936	—	5443	—	5000	—	4144	91	—	—
144	Hainichen	12	48	961	90	946	25	883	55	54	55	—	—
145	Leipzig	3007	5455	156257	20	151127	35	92300	—	7681	81	—	—
146	Limbach	126	267	4017	20	7442	32	4082	31	556	21	—	—
147	Meißen	25	76	1562	85	1851	90	1000	—	694	46	—	—
148	Merchat	24	72	1743	30	1157	60	1000	—	1694	90	—	—
149	Oberwiesenthal	49	61	1562	20	1900	52	—	—	201	88	—	—
150	Pöhlitz	180	126	4237	10	4234	85	2800	—	1310	77	—	—
151	Raschau	13	10	285	60	453	76	—	—	95	40	—	—
152	Sachsen	10	86	977	05	1464	30	1000	—	241	14	—	—
153	Schönb.	11	—	212	50	3	2	200	—	333	35	—	—
154	Seiffhennersdorf	5	61	1024	50	993	55	902	40	—	—	192	51
155	Siegen	68	387	6490	90	7553	30	6200	—	—	—	—	—
156	Sittau	36	103	1511	—	2046	85	1000	—	354	03	—	—
157	Sittau	46	140	3330	90	3638	50	3000	—	1800	65	—	—
158	Gau 14/15 Einzelml.	117	228	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
159	Freiburg	61	52	2116	40	2643	96	2200	—	1927	65	—	—
160	Göppingen	168	267	6330	90	3981	64	2000	—	9271	93	—	—
161	Heilbronn	416	541	14615	10	17321	77	9000	—	4616	42	—	—
162	Karlruhe	143	448	9675	—	10564	25	9500	—	4424	41	—	—
163	Kirchheim-Led.	95	280	2464	10	4144	—	—	—	2487	16	—	—
164	Konstanz	47	123	237	10	3036	40	2500	—	1497	10	—	—
165	Lehr	386	708	24045	15	27954	04	18000	—	—	—	2303	75
166	Merzheim	258	171	9148	70	9142	45	7500	—	62	40	—	—
167	Metzingen	137	160	3386	45	6127	27	1500	—	1198	45	—	—
168	Stuttgart	1111	1773	45448	70	46662	79	24000	—	—	—	3652	79
169	Trossingen	241	725	13489	40	13240	40	8000	—	7531	97	—	—
170	Ulm	17	30	990	10	1014	10	961	20	345	62	—	—
171	Gau 16 Einzelmitgl.	26	—	755	50	1228	10	1000	—	717	—	—	—
172	Bayreuth	6	21	546	50	658	60	516	55	435	65	—	—
173	Erlangen	146	201	9745	70	8453	80	—	—	3074	84	—	—
174	Hilbersdorf	392	2098	37097	75	35878	06	14000	—	621	42	—	—
175	Hörsching	96	48	1527	35	1866	62	1077	32	749	33	—	—
176	Hörsching	9	36	627	95	539	52	500	—	424	65	—	—
177	Hörsching	6	2	—	—	259	10	259	10	88	—	—	—
178	Hörsching	77	132	3201	60	1668	95	1000	—	2739	50	—	—
179	Gau 17 Einzelmitgl.	47	24	1305	90	1194	70	1000	—	2858	68	—	—
180	Hörsching	44	99	2167	90	1996	55	800	—	1257	78	—	—
181	Hörsching	15	30	998	05	181	70	—	—	1809	64	—	—
182	Hörsching	560	1712	31311	20	36430	86	20000	—	292	86	—	—
Summa		24567	56380	1251140	45	1313792	22	791533	35	301806	92	131939	50

Abchluß der Zahlstellen und Gaus.

Einnahmen.	
Eintrittsgelder . . . . .	2 131,50 Mk.
Beiträge . . . . .	714 012,40 "
Extrabeiträge . . . . .	509 449,50 "
Contingens . . . . .	5 997,05 "
Zufuß aus der Verbandskasse . . . . .	19 550,— "
Summa	1 251 140,45 Mk.
Am Ort behalten vom vorigen Quartal	308 039,49 "
Guthaben der Zahlstelle für das nächste Quartal . . . . .	181 939,56 "
Summa	1 691 119,50 Mk.

Ausgaben.	
Arbeitslofenunterstützung . . . . .	151 143,20 Mk.
Krankensunterstützung . . . . .	54 451,20 "
Invalidentunterstützung . . . . .	3 505,— "
Umzugsunterstützung . . . . .	865,— "
Hinterbliebenenunterstützung . . . . .	1 908,— "
Neuzugang . . . . .	198 40 "
Gemahregeltenunterstützung . . . . .	6 019,75 "
Erhaltung . . . . .	1 185,— "
Für Streiks und Lohnbewegungen . . . . .	64 709,45 "
Für außerordentliche Agitation . . . . .	1 787,20 "
Für Vorträge örtlicher Ausgaben . . . . .	267 534,77 "
An die Verbandskasse eingehend . . . . .	791 565,25 "
Summa	1 843 792,22 Mk.
Guthaben der Zahlstellen vom vorigen Quartal	42 520,36 Mk.
Am Ort behalten für das nächste Quartal	804 806,92 "
Summa	1 611 119,50 Mk.

Zur Abrechnung vom 3. Quartal 1920.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 30. September 24 567 männliche und 56 380 weibliche, zusammen 80 947 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 30. Juni ist ein Rückgang in der Mitgliederzahl um 1020 bei den männlichen und 1685 bei den weiblichen, zusammen um 5705 Mitglieder zu verzeichnen. Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

1. Beitragsklasse 319 männl. 2 089 weibl.
2. " 249 " 4 700 "
3. " 1 104 " 49 501 "
4. " 4 281 " — "
5. " 18 644 " — "

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des Quartals 499 männliche und 3269 weibliche Berufungsberechtigte und aus anderen Organisationen traten 143 männliche und 650 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Vom Heeresdienst bzw. aus der Gefangenenschaft haben sich noch 3 Kollegen zurückgemeldet. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

An sonstigen Einnahmen sind 6097,05 Mark zu verzeichnen. Davon entfallen 5679,90 Mf. für zurückgezahltes Gehalt, 104,70 Mf. für zurückgezahlte Sitzungsgelder und Tüden, 106,70 Mf. für zurückgezahlte Unterstützungen, 42,25 Mf. für verlorene Marken und Mitgliedskarten und 3,50 Mf. für Stundsaufschlag.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gasse belaufen sich ausschließlich der Zuschüsse aus der Verbandskasse auf 1231 560,45 Mf. Die erhaltenen Zuschüsse betragen 10 550 Mf.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung 151 143,20 Mf. und für Krankenunterstützung 54 451,90 Mf. Diese verteilen sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt:

Arbeitslosenunterstützung:		
1. Klasse männl.	54. — Mf.	weibl. 972. — Mf.
2. " "	1 081,30 " "	2 406,85 " "
3. " "	2 232,70 " "	55 778,10 " "
4. " "	17 243,25 " "	— " "
5. " "	04 378, — " "	— " "
Zus. männl. 84 991,25 Mf., weibl. 66 151,93 Mf.		

Schreiten. Wenn in Abwechslung hiervon durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorkabenden der Sonn- und Festtage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verteilt werden.

Diesen klaren Wortlaut des Gesetzes verdrängt das soziale Ministerium in das Gegenteil. In München glaubt man, unter Verkürzung der Arbeitszeit an Vorkabenden von Sonn- und Festtagen verstehen zu können, daß die Arbeitszeit an diesen Tagen völlig aufgehoben und die 48 Wochenarbeitsstunden auf die fünf übrigen Wochentage verteilt werden können.

In der Verordnung des bayerischen Ministeriums vom 12. Oktober 1920 wird die Anordnung der Reichsregierung folgendermaßen umgedeutet: Die rein buchstäbliche Auffassung des Wortes „Verkürzung“ der Arbeitszeit würde zu drastischem Wertsinn führen, denn die Verteilung der an den Vorkabenden der Sonn- und Festtage entfallenden Arbeitsstunden wäre zulässig, wenn auch nur während des Bruchstückes einer Stunde am Samstag gearbeitet würde, sonst nicht. Es scheint, als ob man im Ministerium für soziale Fürsorge angenommen hat, daß es irgend jemand einfallen könnte, seinen Wert an Samstagen den Bruchteil einer Stunde (vielleicht 1/10 Stunde) laufen zu lassen. Man muß annehmen, daß hier jemand, der von Betriebspraxis gar keine Ahnung hat, eine unmögliche Konstruktion zurecht phantasiert und aus dieser das Recht für die Verkürzung der Arbeitszeit herleitet.

Mit dieser Konstellation hat das soziale Ministerium der Arbeiterschaft einen Vordienst erwiesen und zu einer täglichen 9 1/2 bis 9 3/4 stündigen Arbeitszeit verholfen.

Wetont muß noch werden, daß die Verordnung nicht etwa in der Staatszeitung veröffentlicht wurde. Vielmehr wurde diese nur an die Gewerbetriebe verhandelt, die auf Grund der Reichsverordnung bis jetzt nur eine Ueberbreitung der täglichen Arbeitszeit von 1/2 Stunde an den ersten fünf Wochentagen zulassen.

Dem Bestreben der Unternehmer, den Achtstundentag zu sabotieren, hat das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge die größte Förderung angedeihen lassen. Der Oberstad hat sich als ein weit besserer Vertreter von Unternehmerwünschen erwiesen, als es die feinsten Köpfe unter ihnen selbst jemals fertiggebracht hätten. Was werden die christlichen Gewerkschaften zu dieser Weigerung ihres ehemaligen Führers sagen? Wir müssen aber die Frage aufwerfen, warum man 48 Arbeitsstunden auf 5 Tage verteilen will. Wahrscheinlich soll die Arbeiterschaft an eine längere Arbeitszeit gewöhnt werden. Hauptsächlich den Arbeiterinnen wird man sagen, um die wahren Absichten zu verdeutlichen, wir wollen Euch den Samstag ganz in Eurer Verfügung stellen usw. In Wirklichkeit ist aber die Freiheit der Samstag den Unternehmern höchst gleichgültig. Man will, abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft an eine längere Arbeitszeit gewöhnt werden soll, die freien Samstage zu Ueberstunden benutzen, um so auf Umwegen der Achtstundentag zu erschöpfen. Es ist notwendig, daß bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf diese Gefahren eindringlich hingewiesen wird.

F. W.-N.

**Die Lohnbewegung unserer ober-schlesischen Kollegenschaft.**

Nachdem die ober-schlesischen Buchdrucker am 17. November in einer Verhandlung mit ihren Arbeitgebern für Oberschlesien eine Sonderzulage vereinbart hatten, meldete sich auch unsere Kollegen-

Krankenunterstützung:		
1. Klasse männl.	84,20 Mf.	weibl. 294,00 Mf.
2. " "	16,80 " "	2 040. — " "
3. " "	238,20 " "	23 032,40 " "
4. " "	2 010. — " "	— " "
5. " "	15 835,30 " "	— " "

Zus. männl. 17 143,50 Mf., weibl. 30 807,70 Mf. Invalidenunterstützung kam an 81 Kollegen im Betrage von 3505 Mf. zur Auszahlung. Umzugsunterstützung wurde für 6 männliche Mitglieder in Höhe von 365 Mf. bewilligt. Hinterbliebenenunterstützung wurde in 13 Fällen in Höhe von 1308 Mf. ausbezahlt. Für Rechtschutz war in 3 Fällen der Betrag von 198,40 Mf. zu zahlen. Als Gemahregelte wurden 17 männliche und 14 weibliche Mitglieder mit zusammen 6019,75 Mf. unterstützt. An Extraunterstützung ist an 11 männliche und 1 weibliches Mitglied 915 Mf. gezahlt worden und als Weihnachtunterstützung für aus der Gefangenenschaft zurückgekehrte Kollegen sind in 12 Fällen noch 270 Mf. zur Auszahlung gelangt.

schafft, um diese Zulage für sich zu erreichen. Der Bauvorwand beschloß den Unterzeichneten zur Einleitung einer Bewegung nach Oberschlesien zu delegieren. Ein glücklicher Stern waltete über dieser Agitationstour nicht. In Ratibor tobte seit dem 20. November ein von den Syndikalisten und Unionisten eingeleiteter Generalstreik. Diese so bersten eine Wirtschaftshilfe von 550 Mf. Die Großbetriebe und Eisenbahnwerkstätten hatten sich diesem Vorhaben angeschlossen. Die Tischlereien, Buchdruckereien, Buchbindereien sowie auch die handwerksmäßigen Betriebe wurden von den Streikenden stillgelegt. Die Verbandsräte der stillgelegten Betriebe hatten sich diese Forderung nicht zu eigen gemacht, aber man hatte ihnen seitens der Streikleitung zugesichert, daß auch sie die 550 Mf. Wirtschaftshilfe erhalten sollen. Eher würde dieser Streik nicht beendet.

Wesentliches rief die Streikleitung die Hilfe der interalliierten Kommission an. In der Verhandlung der interalliierten Kommission, der Arbeitgebervertreter und der Streikleitung erklärten die Arbeitgeber ihre Bereitwilligkeit, mit den Vertretern der Gewerkschaften und der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft über diese Forderung in Verhandlungen einzutreten. Einem Vertreter der Gewerkschaft der Metallarbeiterverbandes, der hinzugezogen war, wurde von der Streikleitung vor der interalliierten Kommission gesagt, daß die Gewerkschaften diesen Streik nicht führen und das Vertrauen der Streikenden nicht genießen. Daraufhin verließ dieser Vertreter den Verhandlungsraum. In den Versammlungen der Streikenden, denen der Unterzeichnete beizuwohnte, schimpfte man mächtig über die bösen Gewerkschaften und beauftragte die Streikenden, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, an ihre Leitungen heranzutreten und die Streikunterstützung zu verlangen. Vertreter der Gewerkschaften, die das Wort wünschten, wurden heruntergeprügelt. Soweit sie versuchten, mit ihren Vertrauensleuten und Betriebsräten gesonderte Beratungen zu pflegen, wurden sie durch Stoktrupps der Syndikalisten und Unionisten an ihrer Aussprache mit ihren Vertrauensleuten gehindert, verprügelt und ihrer Art beraubt. In den Streikversammlungen erklärten die Redner der Streikleitung, daß die Taktik der Gewerkschaften, durch Erhöhung der Löhne die Not der werktätigen Bevölkerung zu lindern, verfehlt sei. Man werde nur Wirtschaftshilfen in Zukunft fordern und die Bewegung solange durchzuführen, bis diese Weihilfen auch den in den Kleinbetrieben beschäftigten Arbeitnehmern bewilligt seien. Selbstverständlich erbielten diese Redner jubelnden Beifall. Der Eindruck, den die Zusammenkünfte der Streikenden machten, ging dahin, daß diese Arbeiterschaft der gewerkschaftlichen Bewegung verständnislos gegenübersteht. Die Notstandsarbeiten der schlesischen Werke wurden am 23. November eingestellt. Die Stadt lag im Dunkeln. Die interalliierte Kommission hatte französische Truppen zur Verstärkung herangezogen. Es blieb aber alles ruhig. Der Streik ist dann ergebnislos in den letzten Tagen des November im Grunde verlaufen, nachdem alle Bemühungen der Streikleitung, den Streik ins Industriegebiet hinüberzuspüren zu lassen, ohne nennenswerten Erfolg blieben.

Die Verhandlungen, die am 24. und 25. November mit unseren Arbeitgebern gepflogen wurden, zeigten das Ergebnis, daß unseren Kollegen auch in Ratibor der gleiche Lohn und die gleichen Zulagen zugesagt wurden, die den ober-schlesischen Buchdruckern gezahlt werden. Eine Einigung über die Löhne der Buchbinderarbeiterinnen und Buchdrucker-

für Streiks und Lohnbewegungen wurden 64 709,45 Mf. verausgabt, davon für Streikunterstützung an 541 männliche Mitglieder 26 411,56 Mf. und an 224 weibliche Mitglieder 22 274,70 Mf., zusammen 48 686,25 Mf. für außerordentliche Agitation wurden 1787,20 Mf. aufgewandt. Zur Bekämpfung örtlicher Ausgaben mußten 267 554,77 Mf. den Zahlstellen und Gassen beflissen werden. Der Verbandskasse wurden als Uebererschüsse 791 555,25 Mf. zugeführt. Als Vortrag für das 4. Quartal verblieben an den einzelnen Orten 304 806,92 Mf., dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 131 080,58 Mf. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 811 984,02 Mf. und an Ausgaben 368 006,67 Mf. auf, so daß ein Ueberfluß von 413 980,35 Mf. verbleibt. Der Bestand der Verbandskasse erhöhte sich damit auf 2 660 252,04 Mf. Die in diesem Bestand mit entfallenen Reserven für die Invalidenunterstützung haben sich um 46 242,25 Mf. auf 882 876,56 Mf. erhöht.

H. R. Bender.

reihungsarbeiterinnen konnte nicht erzielt werden, da der Verband der katholischen erwerbstätigen Frauen und Mädchen einen Tarifvertrag aufgestellt hat, der äußerst minimale Löhne für Arbeiterinnen vorsieht und an denen auch unsere Arbeitgeber glauben festhalten zu müssen. Eine Bewegung zur Befestigung dieses Vertrages ist eingeleitet mit dem Erfolg, daß bereits 23 weibliche Mitglieder für unsere Organisation gewonnen und der graphische Hilfsarbeiterverband auch 23 Mitglieder in Ratibor zu verzeichnen hat.

In Gleiwitz hatte der dortige Ortsausschuß der freien Gewerkschaften eine Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen einberufen, in der der Unterzeichnete über Zweck und Ziele der freien Gewerkschaften sprach. Auch dort existierte der Vertrag, den der Verband der erwerbstätigen katholischen Arbeiterinnen in Ratibor eingeführt hat. Es werden in Gleiwitz Löhne an Arbeiterinnen gezahlt von 25 bis 80 Mf. Darunter sind auch Akkordbezüge. Namentlich die Druckerei von Neumann zahlt ganz erbärmliche Löhne. In ihrer Klavierfabrik werden Arbeiterinnen nicht nur mit Kleben von Akkord befristet bei einem Akkordverdienst von höchstens 60, 70 Mf., sondern diese Arbeiterinnen müssen sogar Garten- und Landarbeit verrichten, werden auf dem Neuboden beschäftigt und müssen bei der Wäpche helfen. Der Besitzer dieses Betriebes ist Millionär und verdient gegenwärtig ein schönes Stück Geld an den Weibzuarbeiten, die ihm als Verleger des „Bauderkes“ zugewiesen werden. Bei den dortigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern stellten sich die Herren auf den Standpunkt, daß sie gern höhere Löhne zahlen wollten, aber die Personale sollten sich verpflichten, und zwar vertraglich durch Unterschrift, bis zu 10 Stunden täglich zu arbeiten. Der Erfolg der Verhandlungen in Gleiwitz sind 140 Mitglieder, die nun neu unserem Verbands beitreten. Auch dort ist die Bewegung zum Abschluß eines Tarifvertrages eingeleitet. Den dort beschäftigten Buchbindern werden die Löhne der Buchdrucker abzüglich der am 17. November neuerdings bewilligten ober-schlesischen Zulage gezahlt.

In Weutchen werden in dem Betriebe „Katalog“ den Buchbindern die gleichen Löhne gezahlt, die den Buchdruckern einschließlich aller Zulagen gezahlt werden. Auch die Arbeiterinnen erhalten Löhne, die sich einigermaßen sehen lassen können, so daß Aussicht besteht, daß in dieser Firma die aufgestellten Forderungen ohne große Schwierigkeiten erfüllt werden.

Kattowitz, das Herz des Industriegebiets, steht mit den Löhnen für Buchbinder und Hilfsarbeiterinnen im graphischen Gewerbe am weitesten zurück. Alle bisherigen Bemühungen, die Verhältnisse dort vorwärtszutreiben, scheiterten an dem Widerstand der Arbeitgeber, namentlich der Firmen G. Sawinna und Gebrüder Böhm und der Indifferenz der weiblichen Beschäftigten. Diese sind Mitglieder des Verbandes der erwerbstätigen katholischen Frauen und Mädchen und für sie gilt jener Tarifvertrag mit seinen minimalen Löhnen für Arbeiterinnen. Unsere Kollegen werden mit einem Minus von 5 Proz. für Verzeileute und 10 Proz. für Redige der Buchdruckerlöhne entlohnt. Die Zulagen sind ohne Abzug auch den Buchbindern zu zahlen. Beide Firmen, obwohl auch sie Weibzuarbeiten haben, sperren sich gegen anständige Entlohnung der Arbeiterinnen und fügen auch die Zulagen bei den Buchbindern, obwohl der Tarifvertrag davon nichts enthält. Auch hier ist ein Zugang von Mitgliedern in unsere Organisation zu verzeichnen,



abwohl erst neue Funktionäre gewählt werden mußten, da die bisherigen Funktionäre aus Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen ihre Ämter niederlegten.

In K. I. o. I. a. i. ist nur ein Betrieb, der sich unter polnischer Leitung befindet. Die Versammlung am Sonntag, den 28. November war sehr gut besucht und verlief zufriedenstellend, obwohl die Ausführungen des Unterzeichneten durch einen Kollegen ins Polnische übersetzt werden mußten. Die Verhandlungen mit dem Direktor des Betriebs am 29. November waren sehr kurz und gipfelten darin, daß dieser erklärte, er habe die Gehekrei aus Breslau satt und er werde bei der interalliierten Kommission beantragen, daß dem Breslauer Vertreter des Gewerkschafts die Einreise ins oberösterreichische Industriegebiet verboten werde. Die Berücksichtigung an den Vertrauensmann vom Ergebnis der Verhandlungen, die auf schriftlichem Wege geschah, weil es dem Unterzeichneten unterlag, den Vertrauensmann zu sprechen, hatte den Erfolg, daß das gesamte Buchbinderpersonal den Betrieb verließ. Eine am Nachmittag stattgefundene Verhandlung führte zu folgendem Ergebnis: Die verarbeiteten Kollegen über 24 Jahre erhalten einen Wochenlohn von 250 Mark (bisher fand der Lohn auf 240 Mk.), Ledige über 24 Jahre 250 Mk. (bisher waren es 220 Mk.), ledige Kollegen bis 21 Jahre erhalten 220 Mk. (bisher 200 Mk.), ledige Kollegen von 21 bis 24 Jahre erhalten 240 Mk. (bisher 215 Mk.). Der Einstellungslohn für Arbeiterinnen unter 18 Jahre wurde um 11 Mk. auf 53 Mk. erhöht, im zweiten Berufsjahr bis zum vollendeten 16. Lebensjahre auf 57 Mk. festgesetzt. Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten im ersten Halbjahr 58 Mk., im zweiten Halbjahr 63 Mk. Nach einjähriger Tätigkeit in Betriebe werden die Arbeiterinnen im Accord beschäftigt, sie erhalten dann die Höhe des Reichslohntarifs plus 70 Proz. Durch diesen nur sechs Stunden dauernden Streik hat diese Arbeiterschaft durch ihren Zusammenhalt nennenswerte Vorteile erreicht und es wäre zu wünschen, daß die im übrigen Industriegebiet beschäftigte Kollegenschaft sich ein Beispiel an der Selbstlosigkeit im Risiko nimmt und ebenso geschlossen und einzig ihre berechtigten Interessen den Arbeitgebern gegenüber zum Ausdruck bringt. Dies ist um so notwendiger, als die ganzen Preise der Lebenshaltung auf die weit bessere Entlohnung der Berg- und Industriearbeiter zugeschnitten ist.

E. Klar - Breslau.

Ende des Streiks in der Trossinger Kartonnagenindustrie.

Der am 23. November ausgebrochene Streik der Kartonnagenarbeiterschaft der Betriebe Wirt. Koch, Rath, Höfner und A. Koch wurde durch einen Vergleich beim Schlichtungsausschuss Notwendig beigelegt. Die Arbeit ist am 13. Dezember in allen Betrieben aufgenommen worden.

Der Streik war bekanntlich deshalb ausgebrochen, weil sich die genannten Firmen hartnäckig weigerten, den überall eingeführten Reichstarif für die Kartonnagen ebenfalls einzuführen. Das gestrichelte Ziel konnte nicht ganz erreicht werden, da der christliche Handel und Transportarbeiterverband, der in Notwendigkeit in Betracht kommt, eine recht zweifelhafte Rolle spielte. Aber in materieller und moralischer Hinsicht hatten wir einen vollen Erfolg. Durch den Vergleich müssen die betriebl. Betriebe für Dezember bis März allen Beschäftigten die Differenzbeträge monatlich auszahlen, die sich aus den bisherigen Löhnen und den Reichstariflöhnen zuzüglich Würtzburger Zulagen ergeben. Wer schon höheren Lohn hat, erhält als Mindestzulage die Beschäftigungszulagen der Harmonisierungsindustrie. Wenn diese höher ist als der Differenzbetrag der Löhne, dann erhält der Arbeiter den Nettobetrag ebenfalls vergütet. Am 1. April 1921 soll ein gemeinsamer Tarif mit den Metall- und Holzarbeitern abgeschlossen werden. Alle vor dem Streik Beschäftigten werden wieder eingestellt. Man hatte allen schon die Entlassung zugesagt und wollte nicht mehr alle einstellen, doch wurde dies veräußert.

Jetzt hat die Schwarzwälder Kartonnagenarbeiterschaft ihre erste Feuerprobe gut bestanden. Sie hat fest ausgehalten, und keiner ist umgefallen. Trotzdem der Kampf in entscheidender Weise von beiden Seiten geführt wurde. Auch gegen die Leitung wurde von der andern Seite gearbeitet, aber mit negativem Erfolg. Die Arbeiterschaft war sich darüber im Klaren, was ihr bei einer Niederlage bevorstehen würde. Die früheren Zeiten sind noch in aller Erinnerung, und niemand von den Arbeitern sehnt sie zurück. Der Organisations- und Solidaritätsgedanke ist auch bei der Schwarzwälder Arbeiterschaft auf dem Marsche. Ihn zu pflegen und zur vollen Entfaltung zu bringen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Der gezeigten Unternehmerschaft muß eine selbstgeschlossene Arbeiterschaft gegenüberstehen. Nur so werden wir auch hier oben liegen.

Richtigstellung.

Der Bericht aus Leipzig im Nr. 52 der Buchbinder-Zeltung ist ungenau und unvollständig, weswegen wir die nachfolgenden Ausführungen bzw. Richtigstellungen gestatte:

Zunächst ist festzustellen, daß es die Beschlüsse des Beirats in Sachen Beitrags- und Unterstützungsfragen und nicht der Beschluß über die Zerlegungsbestrebungen gewesen sind, die mich mit besonderer Befriedigung erfüllt haben. Ich halte es nach wie vor für richtig, daß den Arbeitslosen und denen, die alle Tage arbeitslos werden können, mit der Tat und nicht nur mit grundhaftestehenden Worten geholfen wird.

Die gegen die Zerplitterungsbestrebungen gerichtete Entschiedenheit ist nur nebenbei von mir geäußert worden, doch liebe ich nicht an, zu erklären, daß mir die Resolution der Leipziger nicht unsumpftig gewesen ist, weil ich es für selbstverständlich halte, daß allen Versuchen, die Einheitsfront in der Gewerkschaft zu fördern, begegnet werden muß, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen. Insbesondere habe ich allerdings nicht unterlassen, darauf zu verweisen, daß mich als Gewerkschaftler die politische Anschauung eines Verbandstätigkeit unberührt läßt, wenn das gleiche seine Pflicht im Sinne des Verbandsstatuts in vollem Maße erfüllt. Ich habe weiter erklärt, daß die Bewegung irgendwelcher Partei in der Gewerkschaft nicht davon abhängig gemacht werden darf, ob das in Frage stehende Mitglied der S. P. D., U. S. P. D., U. S. P. D. L., S. P. D. oder K. A. P. D. angehört oder ihr nachsteht, solange gegen die gewerkschaftliche Tätigkeit desselben keine berechtigten Einwendungen erhoben werden können. Diese sind nicht nur theoretisch, sondern auch bereits praktisch erprobten Bestrebungen tragen den Keim der Zersplitterung in sich, gefährden die Einheit der gewerkschaftlichen Kampffront und sind deshalb zu verurteilen. Ein Vergehen gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze bleibt ein Vergehen auch dann, wenn der Kollege des Mitgliedbuch einer mehr oder weniger radikal gerichteten Parteigruppe bei sich führt.

Wenn mich der Bericht schließlich eine Abfuhr erteilen läßt, weil mir von den nachfolgenden Rednern eine von der Versammlung mit Beifall angenommene Antwort zuteil geworden sein soll, so soll ihm das verziehen sein. Richtig ist jedenfalls, daß den zwei nach ihm sprechenden Kollegen Beifall nicht geworden ist. Richtig ist weiter, daß bei den meinen Ausführungen vorbeigerebet und sich gegen eine Neutralität gewendet haben, wie ich sie nicht verstehe. Im übrigen verweise ich auf die vom letzten Gewerkschaftstages einstimmig angenommene Entschcheidung, in welcher die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien ausgesprochen wurde.

G. Binte-Leipzig.

Berichte.

Aischerleben. Die Arbeiterschaft der Aischerlebener Papierwarenfabriken befindet sich in einer Lohnbewegung. Verhandlungen mit den Unternehmern über den eingereichten Tarifentwurf waren angebahnt. Gauleiter v. d. Reith versuchte dabei, den Unternehmern verständlich zu machen, daß auf die Dauer hier in Aischerleben ein tarifliches Arbeitsverhältnis unter den jetzigen Umständen nicht mehr weiterbestehen könne, zumal Aischerleben als Zentrale in dieser Branche für ganz Deutschland in Frage käme. Die fast zweifelhafte sachliche Verhandlung konnte nicht dazu beitragen, die Kommerzgerate Otto und Richard Westhorn von der Notwendigkeit und Anerkennung eines Tarifes zu überzeugen, sondern diese hielten an der prozentualen Lohnsteigerung fest, die wir selbstverständlich infolge der unterschiedlichen Grundlöhne ablehnen mußten. Die Austragung der Lohnfreigeitigkeiten sollte nun am 1. Dezember vor dem Schlichtungsausschuss ihren Abschluß finden. Die Arbeiterschaft war sich im Voraus klar darüber, daß bei der augenblicklichen Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses eine befriedigende Lösung nicht zu erwarten war. Nach drei Stunden kam es zu einer Einigung. Wir wollen es vorläufig unterlassen, an dieser Stelle näher auf die Einzelheiten der Verhandlung und ihr Ergebnis einzugehen. In zwei aufeinanderfolgenden überfüllten Versammlungen nahm die Arbeiterschaft Stellung zu dem Ergebnis. Gauleiter v. d. Reith ging eingehend auf den Verhandlungsabgang ein und wies darauf hin, daß die Verhandlungsleiter der Arbeitnehmer in den Verhandlungen mit aller Häufigkeit an der Durchführung des Tarifentwurfs teilgenommen hätten, die Durchführung aber an dem jähren Widerstand der Unternehmer scheiterte. In der Aussprache zeigte es sich, daß die Arbeiterschaft über

das Ergebnis bitter enttäuscht war, die geringen Zugeständnisse wurden mit großer Enttäuschung zurückgewiesen. Nach reichlicher Aussprache zeigte sich als Ergebnis, daß die Mehrheit für Ablehnung stimmte. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die am 8. Dezember versammelte gesamte Arbeiterschaft der Papierwarenfabriken nimmt durch eingehende Darlegungen ihrer Vertreter nochmals Kenntnis von der vor dem Schlichtungsausschuss getroffenen Vereinbarung. Die Verhandlungen hatten die geringen Zugeständnisse, die zum Teil nicht einmal erfüllt werden, für zu gering und fordert nach wie vor Anerkennung des abgeänderten Tarifentwurfs. Nur in dem Abbruch eines festen Tarifes wird eine befriedigende Lösung gesehen, und sind die Arbeiter und Arbeiterinnen bereit, zur Erreichung dieses Zieles selbst vor dem äußersten nicht zurückzutreten. Sie fordern ihre Vertreter auf, sofort die Arbeitgeber zu benachrichtigen, daß die Arbeiterschaft an den gestellten Forderungen unabdingbar festhält und eine Antwort baldigst erwartet.

Nachdem v. d. Reith nochmals auf die Bedeutung und die Folgen, die die Resolution nach sich ziehen kann, hingewiesen hatte, forderte er die Versammelten auf, treu zur Organisation zu stehen, denn in ihr liegt die Macht der Arbeiterschaft.

Seibronn. Am 2. Dezember fand unsere Linienterversammlung statt, die sehr gut besucht war und bei der wegen Ausprache das harmonische Zusammenarbeiten der hiesigen Kollegen trefflich kennzeichnete. Unter anderem kam der Linientarif zur Sprache. Um diesen Tarif durchzusetzen, wurde eine sechs-köpfige Kommission gewählt. Ferner wurde in der Versammlung beschlossen, beim Verbandsvorstand darauf hinzuwirken, daß eine Kontostandberichterstattung im Januar zustandekommt. Bei dieser werden dann auch Linienter vertreten sein, da unsere Interessen mit den Kontostandberichtern sehr eng verbunden sind. — Große Enttäuschung herrschte unter den Kollegen über die nicht zustandekomme Linienteraktion Stattdes.

Nürnberg-Bürth. In der am 10. Dezember stattgefundenen Hauptversammlung erstattete Weindler den Geschäftsbericht. Derselbe ist zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Krise im 3. Quartal besonders schwer war. Hauptächlich in der Kartonagenbranche wird derzeit noch verknüpft gearbeitet, bis zu 24 Stunden pro Woche. Auf Grund dieses außerordentlich flauen Geschäftsganges mußte unsere ganze Kraft darauf verwendet werden, Verschlechterungen abzuwehren. Lohnerhöhungen wurden nur in wenigen Fällen erreicht. Das Lohnabkommen, welches statt Lohnerhöhungen sogenannte außerordentliche Wirtschaftshilfen gebracht hat, muß als unhaltbar bezeichnet werden. Es haben sich in der Provinz himmelstreichende Ungerechtigkeiten herausgestellt, die so schnell wie möglich wieder gut gemacht werden müssen. In den letzten Monaten konnten trotz des schlechten Geschäftsganges wieder Lohn-erhöhungen erreicht werden, ein Beweis dafür, daß unser Verband durch seine Stärke immer leistungsfähiger wird. Die Abrechnungen lagen vervielfältigt vor und gab Herber einige Erläuterungen. Mimm berichtete über die Jugendsektion seit Gründung derselben und betont, daß gleich nach Neujahr die Veranlassungen wieder aufgenommen werden. In der Diskussion wurden die Spiele angeführt betreffs der Wirtschaftsbewerten und betont, daß unbedingt darauf gedrungen werden müsse, bei den nächsten Verhandlungen auch für die jüngeren Kollegen und Kolleginnen zeitgemäße Lohnverhöhungen zu erreichen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Das ab 1. November 1920 in Kraft getretene Lohnabkommen, welches statt Lohnerhöhungen sogenannte außerordentliche Wirtschaftshilfen gebracht hat, enthält so schwerwiegende Ungerechtigkeiten, daß eine Abänderung so schnell wie möglich vorgenommen werden muß.

Abgesehen von allen übrigen Dingen, welche die Provinz ergeben hat, muß hauptsächlich Protest dagegen erhoben werden, daß eine sehr große Anzahl jüngerer Kollegen und Kolleginnen vollständig leer ausgegangen ist. Die Versammlung spricht ihr tiefes Bedauern darüber aus, daß die geplanten Verhandlungen vom 14. Dezember 1920, welche die Befestigung des vorhandenen Lohnrechts bringen sollten, seitens der Arbeitgeber abgelehnt bzw. auf später verschoben wurden. Wir erwarten ganz bestimmt, daß auf Arbeitgeberseite der durch nichts begründete Widerstand aufgegeben und die verletzten Verhandlungen spätestens Anfang Januar 1921 stattfinden! Die Arbeitgeber müssen einsehen lernen, daß es gilt, ein großes Unrecht gutzumachen. Sollte diese Einsicht wider Erwarten nicht einleuchten, so wären sehr unliebsame Folgen zu befürchten.

Ueber die Beiratsführung referierte Scharret. Er erläuterte die Beschlüsse betreffs Erhöhung der Unterstützungen und Beiträge und forderte auf, bei der Abstimmung die Stimmzahl mit Ja auszu-

füllen. Ganz besonders scharf ging Medner ins Gericht mit den sogenannten Moskowitzern, welche bestrift sind, den Spaltplatz auch in unierem Verband hineinzufragen. Er geißelte auch aber scharf die zersetzenden Bestrebungen, wie solche in der hiesigen Verlin um sich gegriffen haben. Wir müßten gegen diese die Allgemeinheit schwer schädigenden Bestrebungen energisch Protest erheben. In der Diskussion wurden hauptsächlich letztere Ausführungen noch talfräftig unterstrichen. Die Beschlüsse des Verbands wurden gegen 1 Stimme gutgeheißen, und zwar in allen Teilen. Diese Abstimmung zeigt, daß die Gesamtkollegenschaft daran festhält, daß die Gewerkschaften unter allen Umständen vor jeder Zersplitterung bewahrt bleiben müssen! Das ist der feste Wille der hiesigen Kollegen und Kolleginnen. Zusage hat die Provinz geschwiegen.

Während der Versammlung wurde uns die Mitteilung, daß unser Kollege Weich in Stuttgart verstorben ist. Der Verstorbene war ein eifriger Mitarbeiter in unserer Zeitschrift, und erlitten die Versammelten den Dahingeshiedenen in üblicher Weise.

**Wittenberg.** Die Zeit eilt mit Riesenschritten. Die Zeiten des „Herrn im Hause“ sind vorüber, sollten vorüber sein. Doch nein, sagt Herr Widel. Vespiger der Papierverarbeitungsfabrik, was ichert mich Verband und Betriebsrat. Aber zu seinem Leidwesen mußte er erfahren, daß auch er die bestehenden Gesetze zu respektieren hat. Daß er es aber so treiben kann, daran sind die Kollegen und Kolleginnen ein gut Teil selber schuld. Die Ruten- und Beutelsbranche ist, da die Mehrzahl der Mitglieder weibliche Angehörige sind, das Schmerzenskind in unserem Verbande. Die Fluktuation in den einzelnen Abteilungen ist so groß, daß wohl nirgends ein fester Stamm von Mitgliedern dieser Branche zu finden ist. Aus diesem Grunde sind auch die tariflichen Verhältnisse weit zurückgeblieben hinter den übrigen Sparten unseres Gewerbes. Die letzte Bewegung zur Schaffung eines Reichslohntarifs schickte zwar an dem Widerstand des Arbeitgeberverbandes, doch scheint die Mehrzahl seiner Mitglieder von der Ansicht durchdrungen zu sein, daß nur ein Reichslohntarif die Preisunterschiede und damit auch die Schmutzkonkurrenz aus der Welt schaffen kann. Die Abmeldungen und der Übertritt einzelner Bezirgsorganisationen aus dem Arbeitgeberverband zum „Apt“ geben dafür ein Beispiel. Die Folge der Ablehnung brachte die Bewegung der Bezirkslohntarife in Pfluz und in Schlesien zu gutem

Erfolg, was mir für Mitteldeutschland nicht zuzurechnen.

Die Firma Widel hier, scheint allerdings recht eigenartige Wege gehen zu wollen. Nicht nur auslebend, sondern scharf steht sie der Endze gegenüber. Auf die Anträge der Gewerkschaft hat sie es nicht einmal für nötig gehalten, zu antworten. Wir sind es gewöhnt —, der Verprechungen waren es immer recht viele und gute, doch das halten wir immer etwas schwer. Die Klagen der Kolleginnen über allzufrühe Entlohnung nehmen kein Ende. Es gelang nun in letzter Zeit infolge rühriger Tätigkeit des Betriebsobmannes und Vertrauensmannes, Lohnaufstellungen zu erzielen. Diese Tätigkeit war aber dem Herrn Widel zuwider, es ging gegen seine Geldbeutelinteressen und da mußte Wandel geschaffen werden, und zwar in der Entlassung des Obmannes. Diese Entlassung führte nun den Herrn vor den Schlichtungsausschuss und der Spruch desselben wird ihm wohl noch lange zu denken geben. Die Sprachflamme hat angenommen, daß die Aussagen beider Parteien über den Hergang der zur Sündigung führte, subjektiv wahr seien. Sie war aber der Ansicht, daß kein in seinem bisherigen Arbeitsverhältnis weiter zu beschäftigen sei. Für den Fall, daß die Firma die Arbeit beschäftigung ablehnt, würde die zu zahlende Entschädigung auf sechs Zwölftel des letzten Jahresdienstes festgesetzt. Herr Widel hat die Einstellung angelehnt und wird nun die Entschädigungssumme zu zahlen haben.

Ein mit dem hiesigen Arbeitgeberverband abgeschlossener Lohnarbeitsvertrag wurde auch der Firma Widel zur Annahme vorgelegt. Sie wollte demselben auch anerkennen —, aber mit der Bedingung, daß die älteren Kolleginnen dann entlassen werden müßten, da er an den Prinzip der Äquivalenzprinzipien die verlangten Lohnsätze nicht zahlen könne. In Wirklichkeit sind die Vorstände so niedrig, daß die Kolleginnen die tarifliche Lohnsätze gar nicht erreichen können. Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Beschäftigten muß ein sehr starkes werden, soll hier einmal Wandel geschaffen werden. Der Organisationsgedanke muß Boden gewinnen, damit auch bei dieser Firma gesunde Lohnverhältnisse geschaffen werden können. Einer für alle und alle für einen. Kolleginnen macht es Euch, nur dann und Eure Vorteile gewahrt. Den anerkannten Lohnarbeitsvertrag aber auch voll und ganz zu haben, würde Herr Widel zu empfehlen sein, andernfalls wie ein zweites Mal den Schlichtungsausschuss in Anspruch nehmen müßten, um den Kolleginnen zu ihrem Recht zu verhelfen.

**Literarisches.**

Was muß jeder Gewerkschafter und jeder Kriegsbeschädigte vom neuen Einkommensteuergesetz wissen? Fragen und Antworten vom Arbeitsrat für die C. Günther-Harburg. In kurzer Zeit hat es sich nötig gemacht, den Führer neu herauszugeben. Bei dieser zweiten Auflage, dessen Umfang um die Hälfte erweitert wurde, sind die neuesten Bestimmungen mit Berücksichtigung worden. Außerdem wurde den Kriegsbeschädigten ein besonderer Abschnitt gewidmet. Da in nächster Zeit die Steuerbeantragung zu erwarten ist, kann dieser Führer zur Anschaffung empfohlen werden. Der Preis ist mit 1,80 Mk. niedrig bemessen. Verlag Buchhandlung Volkshaus, Harburg a. d. E.

**M. Joffimow: Die Soziologie des Bolschewismus.** Die Schrift nimmt Bezug auf das Problem der Dritten Internationale und behandelt den Bolschewismus von einem in unserer Literatur völlig neuen Gesichtspunkt. — **H. Silberding: Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen.** Diese Schrift enthält die wörtliche Wiedergabe eines auf dem ersten Betriebsrätekonferenz gehaltenen Vortrags. Die Entwicklung der Machtverhältnisse während der Revolution sind eingehend in ihr geschildert und sodann das Wesen der Sozialisierungswirtschaft, wie die Bedingungen, die Form und der Inhalt der Sozialisierung ausführlich erläutert. Die Schrift befaßt sich ferner mit einer eingehenden Darstellung der Entwurfe der Sozialisierung des Kohlenbergbaues, wie sie von der Sozialisierungskommission vorgeschlagen ist, und betont zum Schluss die Aufgaben, die das Proletariat zur Durchführung dieser Maßnahmen zu erfüllen hat. Der Preis dieser beiden Ausgaben beträgt 3 Mk. pro Exemplar. Verlag Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

**Vorläufiges Ergebnis der Abstimmung.**

Wie zum Redaktionsfähig war das Resultat von 81 Zeitschriften und Coaren mit 21 253 männlichen und 39 601 weiblichen, insgesamt 60 854 Mitgliedern eingegangen. An der Abstimmung beteiligten sich in diesen Zeitschriften 30 973 Mitglieder. Von diesen stimmten für die Vorlage 19 517, dagegen 9955, während 901 Stimmen unglücklich waren. Man darf also als sicher annehmen daß die Vorlage mit übergroßer Majorität angenommen ist.

Ab Nummer 1 wird der Anzeigenteil auf 6 Spalten eingerichtet und kleinere Schrift (Kolonne) der Berechnung zugrunde gelegt.

Die Anzeigenpreise sind wie folgt festgesetzt:  
 Geschäftsanzeigen . 3 Mk. für die Zeile  
 Stellenangebote . 2 " " " "  
 Anzeigen von Krankenkassen, beruflich.  
 Vereinigungen usw. 2 " " " "  
 Priv. Anzeigen einzelner Verbandsmitglieder . . . . . 2 " " " "  
 Verbandsanzeigen . 1 " " " "

Aufnahme finden nur solche Anzeigen, die berufliches Interesse haben u. die im voraus bezahlt sind.

**Maschinen für Kartonfabrik,** namentlich Ritzmaschinen, ca. 100 cm Ritzfläche, und Drückmaschinen, gebraucht, aber gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offerten unter E. G. 7910 an Rudolf Woffe, Chemnitz.

**la Klebstoff** säurefrei, weiß, streichfertig, ein Postfüßel — 5 kg inkl. Verpackung 40 Mk. Richard Stiel, Schweinfurt, Steinstraße 3.

**Kleine Steindruckpresse** mit allem Zubehör verkauft billig für 1200 Mk. Wörner, Scharnhamer Allee 1381. Schreibfedern, Weichbuchen, empf. F. Habel, Oberfeld, Gesundheitsstr. 74.

**Leo's Buchbinder-Taschenkalender 1921** Vorzugspreis für Bezüher d. „Buchh.-Anz.“ Stuttgart. Mk. 3,90 portofrei, sonst Mk. 4,40 bei Vorausbestellung. Verlag d. Allgem. Anzeigers L. Buchbinderei, Stuttgart, Postcheck Stgt. 9317.

**Guterhaltene automatische Papierschneidemaschine** neueren Systems, möglichst von der Firma Krause, Leipzig, Schnittlänge je nach 1,80 x 2,10 Meter, sofort zu kaufen gesucht.

Offerten erbeten an Wihl. Wagner & Sohn, G. m. b. H., Andernach.

**la reine Lederleimallerte** ca. 50 Proz. Trostengehalt, völlig geruchlos, liefert äußerst preiswert Chemische Fabrik Otto Schulz, Brandis, Bez. Leipzig

**Buchbindergarne und -Zwirne** empfiehlt preiswert Max Wagner, Breslau 3, Neue Graupenstraße 11.

**Die Reichstarife für d. Buchbindergewerbe und für die Etuis- u. Kartonnagenindustrie** mit allen dazu gehörenden Nachträgen sind durch die Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen. Preis für Mitglieder je eine Mark.

**Griffenzund Wohnung**

bietet sofort eine seit 45 Jahren bestehende komplett eingerichtete

**kleine Plakatfabrik** in Dresden. Fester Stundenlohn. Größere Lagerbestände. Lagerort 40 Wille. Angebote u. W. 1000 an die Expedition dieses Blattes.

**Eine ganze Bibliothek für nur neun Mark**

erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitermerkschenbuch“. Enthält alles, was man täglich Leben rasch wissen muß, z. B.: Verfassung, Friedensvertrag, Herwis, n. Inanzen, Steuer-gesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Redekunst, Massenpsychologie, Sowjetland, Arbeiter und Angestelltenrecht, B. trieb-rätersrecht, Soziale Versicherung, Reichsversorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indexierung, Taylorsystem, Schutzwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw. Preis 9 Mk., beim Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 29.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene **Volksvorsorge** Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungen - Aktiengesellschaft Hamburg 5.